

Paraguays parlamentarischer Putsch

Die vielen Stimmen der katholischen Kirche zum Sturz Fernando Lugos

Von Lateinamerika-Historikerin Antje Schnoor

Viel zu schnell ist die internationale Berichterstattung über den abrupten Machtwechsel Ende Juni in Paraguay abgeebbt, die Proteste im ganzen Land und in Nachbarländern des südamerikanischen Staates halten jedoch an. Schließlich hatte die Amtsenthebung des paraguayischen Präsidenten, des ehemaligen Bischofs und Ordensmannes Fernando Lugo am 22. Juni lediglich den Anschein eines demokratischen Vorganges. Kritiker aus Politik und Gesellschaft fordern nun lautstark transparente Neuwahlen. Auch aus der katholischen Kirche sind Stimmen zu hören, bei der Amtsenthebung Lugos handle es sich um einen Staatsstreich. Allerdings zeigt sich nach dem Sturz Lugos die Zerrissenheit der katholischen Kirche.

Während die Konferenz der Ordensmänner und -frauen, die CONFERPAR, umgehend Zweifel an der Rechtmäßigkeit des parlamentarischen Präsidentensturzes verlauten ließ, hält sich die paraguayische Bischofskonferenz bis jetzt gänzlich mit politischen Äußerungen zurück. Der Vatikan wiederum zögerte nicht, den neuen Präsidenten Federico Franco offiziell anzuerkennen. Diese unterschiedlichen Reaktionen auf den Machtwechsel weisen auf die Komplexität der katholischen Kirche als politischem Akteur hin. Wie bedeutsam die kirchliche Haltung zu dem politischen Geschehen ist, lässt sich auch daran erkennen, dass die De-Facto-Regierung versucht, sich durch die Kirche zu legitimieren. Anhänger der neuen Regierung nutzten die Unterstützung einzelner Bischöfe, um die Kirche insgesamt als Unterstützerin des Präsidentensturzes erscheinen zu lassen.

Die Kirche war und ist ein politischer Akteur und das Schweigen des Episkopats zu bestimmten Ereignissen muss als politische Stellungnahme verstanden werden. Komplexe politische Akteure lassen sich in korporative und kollektive Akteure unterscheiden. Bei kollektiven Akteuren schließen sich mehrere Akteure zur Kooperation zusammen, verschmelzen aber nicht miteinander. Ein korporativer Akteur ist hingegen ein einheitlicher Akteur, der eine eigene Handlungseinheit darstellt und unter einer einzigen Führung steht.

Trotz ihrer hierarchischen Strukturen ist die Kirche aber nicht als korporativer Akteur zu verstehen, da das politische Agieren der Kirche nicht begriffen werden kann, wenn man den Blick ausschließlich auf den Vatikan und die nationalen Bischofskonferenzen richtet. Vielmehr ist die Kirche ein kollektiver Akteur, der unterschiedliche und

voneinander bis zu einem gewissen Grad unabhängige Akteure umfasst. Dies macht das aktuelle politische Geschehen in Paraguay deutlich.

Anlass für den Präsidentensturz waren gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und landlosen Bauern, bei denen sechs Polizisten und elf Bauern ums Leben gekommen waren. Für den Tod der 17 Menschen wurde dem Präsidenten Lugo die politische Verantwortung zugeschrieben. „Schlechte Amtsführung“ lautete die Anklage, mit der das Amtsenthebungsverfahren gegen ihn begründet wurde. Formal gesehen handelte es sich um ein legales parlamentarisches Verfahren, durch das dem 2008 gewählten ehemaligen Bischof Fernando Lugo die Präsidentschaft entzogen wurde. Fernando Lugo wurde buchstäblich ein „kurzer Prozess“ gemacht, denn in weniger als 24 Stunden hatte das Parlament ihn des Amtes enthoben.

Gerade dieses Vorgehen brachte die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder dazu, den Vorgang als undemokratisch zu bezeichnen. Presse und Politiker der Nachbarstaaten sprechen von einem „parlamentarischen Putsch“. Sozialistische wie konservative Staatschefs Südamerikas verweigerten Franco die Anerkennung. Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Venezuela riefen sogar umgehend ihre Botschafter zurück, und die Union Südamerikanischer Nationen (Unasur) und das regionale Wirtschaftsbündnis Mercosur schlossen Paraguay vorübergehend aus. Damit wurde der Weg für die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur frei – ein für die Gegner Lugos sicherlich ungewollter Nebeneffekt des Präsidentensturzes. Unasur und Mercosur begründeten den Ausschluss Paraguays damit, dass die für die Mitgliedstaaten verbindlichen demokratischen Regeln in dem lateinamerikanischen Binnenland nicht mehr eingehalten würden. Zudem sei dem angeklagten Präsidenten kein angemessener Zeitraum zur Verteidigung gegeben worden.

Umso befremdlicher wirkte die Erklärung des deutschen Entwicklungsministers Dirk Niebel (FDP), nachdem er Ende Juni als erster europäischer Minister den neuen Präsidenten Federico Franco in der Hauptstadt Asunción traf, der Amtswechsel sei „nach den Regeln der Verfassung“ zugegangen. Niebel zeigte sich gar händeschüttelnd mit dem De-facto-Präsidenten Franco. So entstand der Eindruck, Deutschland erkenne die neue Regierung an. In der Bundesrepublik sorgte Niebels vorschnelle Unterstützung für den Politiker der Radikalen Authentischen Liberalen Partei (PLRA) für Empörung. Der entwicklungspolitische Sprecher der SPD, Sascha Raabe, mutmaßte, die Freude über einen liberalen Präsidenten habe dem Entwicklungsminister die Sicht „verniebelt“. Auch das Auswärtige Amt relativierte die Aussage Niebels und erklärte, die Amtsenthebung in Paraguay „mit gewisser Sorge“ zu betrachten.

Anders der Vatikan: Der apostolische Nuntius in Paraguay, Elisio Ariotti, stattete dem neuen Präsidenten umgehend einen Besuch ab und hielt im Anschluss in der Kathedrale eine Messe, an der Franco teilnahm. Damit erklärte neben Spanien und Kanada auch der Vatikan den Sturz des ehemaligen Bischofs für rechtmäßig und sprach der De-facto-Regierung seine Anerkennung aus. Dieses Vorgehen verwundert nicht, nahm der Vatikan doch seit Lugos Amtsantritt 2008 eine ablehnende Haltung gegenüber dessen Präsidentschaft ein. Um die Gründe verstehen zu können, bietet sich ein Blick in die

kirchen- und religionsgeschichtlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts an. Es ist kein Geheimnis, dass Benedikt XVI. die befreiungstheologischen Positionen, die Lugo vertritt, nicht teilt. Schließlich war es Joseph Ratzinger, der als Präfekt der Glaubenskongregation für die Verurteilung von einigen Aspekten der Befreiungstheologie durch die Instruktionen von 1984 und 1986 verantwortlich war. Der Umgang des Vatikans mit Lugos Präsidentschaft und jüngst mit seinem Sturz lässt ein altbekanntes Muster erkennen: Die Wahrung der institutionellen Eigeninteressen stand für viele Kirchenvertreter immer wieder im Mittelpunkt.

Lugo gehörte dem Orden der Steyler Missionare an und wurde 1977 zum Priester geweiht. Ende der 1970er Jahre ging er von der Befreiungstheologie beeinflusst als Ordensmann als Missionar nach Ecuador und arbeitete dort als Lehrer und Landpfarrer. Er kehrte nur kurz nach Paraguay zurück, da er 1983 von Stroessner ausgewiesen wurde und einige Jahre in Rom im Exil lebte. 1994, rund fünf Jahre nach dem Sturz Strössners, wurde Lugo zum Bischof von San Pedro ernannt, einer sehr armen und konfliktreichen Region Paraguays. Als Lugo sich für die Präsidentschaftskandidatur entschied, bat er den Papst um seine Laisierung, da die Besetzung öffentlicher Ämter katholischen Priestern nach dem Kirchenrecht verboten ist.

Hinzu kam, dass auch nach dem paraguayischen Gesetz Klerikern politische Ämter untersagt sind. So wurden rechtliche Bedenken gegen Lugos Kandidatur laut. Zudem kritisierten einige paraguayische Bischöfe wie auch der Vatikan im Vorfeld der Wahl 2008 Fernando Lugo für sein politisches Engagement. Als der Vatikan Lugo 2007 schließlich suspendierte und nicht laisierte, erklärte ein Sprecher des Vatikans, damit sei Lugos Bischofswürde keinesfalls aufgehoben. Dies versuchte die rechtskonservative Colorado-Partei, die über 60 Jahre in Paraguay herrschte, politisch auszunutzen – allerdings ohne Erfolg: Sie argumentierte, Lugo dürfe mit Blick auf das paraguayische Recht und seine Bischofswürde nicht kandidieren. Papst Benedikt XVI. kam erst im Juli 2008, wenige Wochen vor Lugos Wahl, dessen Bitte um Laisierung nach.

Die ablehnende Haltung des Vatikans gegenüber Lugo hängt darüber hinaus mit dessen Ungehorsam zusammen. Indem er für das Präsidentenamt kandidierte, verstieß er gegen das Kirchenrecht. Die Frage nach Autorität und Gehorsam in der Kirche verweist jenseits der religiösen Dimension auf die Machtkonstellationen innerhalb der Institution. Mit Lugos Kandidatur hatte der Vatikan die Kontrolle über einen ungehorsamen Kleriker verloren. Zwar entschuldigte Lugo sich 2007 bei der Kirche für seinen Ungehorsam, erklärte aber in einem Interview in der spanischen Tageszeitung El País vom 8. Februar 2007: „[...] jenseits des kanonischen Rechts gibt es andere Werte, wie die Tradition und die Quelle selbst, das Zeugnis des Lebens Jesu, die einen veranlassen können, in gewissen Situationen den gesetzlichen Rahmen zu verlassen und die Person in den Mittelpunkt zu stellen.“ Implizit nahm Lugo damit Bezug auf die Apostelgeschichte, in der es heißt: „Man muss Gott mehr gehorchen denn den Menschen.“ (Apg, 5, 29) Während die Bibelstelle in der langen Geschichte der katholischen Kirche in erster Linie genutzt wurde, um in bestimmten Situationen Ungehorsam gegenüber der weltlichen Herrschaft und dem weltlichen Recht zu legitimieren, nutzte Lugo sie, um seinen

Ungehorsam gegenüber dem Kirchenrecht – das letztlich auch vom Menschen gemacht ist – zu erklären.

Lugos Argumentation erinnert an den Wandel der Autoritäts- und Gehorsamskonzepte nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Nachdem der Gehorsam spätestens mit den Erfahrungen von Faschismus und Totalitarismus im 20. Jahrhundert seine Tugendhaftigkeit verloren hatte, entwickelte sich in der katholischen Kirche der Begriff des „verantwortungsbewussten Gehorsams“, der im Zweifelsfall eine Infragestellung auch der kirchlichen Autorität miteinschloss. Dieses Gehorsamsverständnis bekämpfte der Vatikan ebenso vehement wie die Befreiungstheologie.

Mit Lugos Präsidentschaft und seinem Sturz werden aber auch die Gegensätze innerhalb der Kirche deutlich. Lugo selbst stellte als ehemaliger Bischof die kirchlichen Eigeninteressen hintan und versuchte, die mit der Befreiungstheologie verbundene „Option für die Armen“ umzusetzen, deren Wurzeln bis zur Zweiten lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1968 in Medellín zurückreichen. Nach Lugos Amtsenthebung im vergangenen Juni zeigte sich die Konferenz der Ordensleute CONFERPAR unter der Leitung von Venancia González FMA als ernst zu nehmendes Gegengewicht innerhalb des kirchlichen Spektrums, indem sie deutliche Kritik an dem politischen Schnellprozess übte. Noch am Tag der Amtsenthebung erklärte die CONFERPAR, sie befürchte eine Manipulation des politischen Prozesses gegen Lugo und kritisierte die mangelnde Gewaltenteilung im Land. Noch weiter ging eine Gruppe von 35 Prominenten, die die Absetzung Lugos als illegalen Putsch verurteilten und zum friedlichen Widerstand aufriefen. Zu dieser Gruppe zählen auch mehrere Priester, unter anderem der Provinzial der Jesuiten Alberto Luna SJ, der auch dem Vorstand der Konferenz der Ordensleute angehört.

Diese innerkirchlichen Gegensätze sind nicht neu, bereits seit den 1970er Jahren stellt die Konferenz der Ordensleute in Lateinamerika CLAR – der die nationalen Konferenzen der Ordensleute untergeordnet sind – ein politisches Gegengewicht zum lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM dar. Lateinamerikanische Ordensleute vertraten zudem in den vergangenen 40 Jahren insgesamt stärker befreiungstheologische Positionen als dies im Diözesanklerus der Fall war. Trotz des politischen Engagements vieler Ordensmänner und -frauen ist es allerdings nicht selbstverständlich, dass die nationale Konferenz der Ordensleute zu einem politischen Ereignis öffentlich Stellung bezieht. Mit den Äußerungen zum Machtwechsel beansprucht die CONFERPAR zugleich, als eigenständiger Akteur innerhalb der Kirche wahrgenommen zu werden. Die Verlautbarung der Ordensleute muss auch als Kritik an dem Nuntius Elisio Ariotti gelesen werden, der den Sturz des Präsidenten durch das Parlament umgehend absegnete und dem neuen Präsidenten Federico Franco Legitimität verlieh.

Die Bischöfe wiederum haben in den letzten Jahren widersprüchliche Positionen eingenommen. An jenen Bischöfen, die Lugo vor dessen Sturz aufsuchten und ihn zum Rücktritt zu bewegen versuchten, wurde auch kirchenintern Kritik geübt. Als Gremium hat sich die Bischofskonferenz bisher nicht zu den Ereignissen geäußert, umso bedeutender ist es, dass die Konferenz der Ordensleute das entstandene Vakuum füllte. Dennoch

fordern immer mehr Katholiken eine Stellungnahme des Episkopats. So auch die Repräsentanten der Nationalen Sozialpastoral, die sich mit einem Schreiben direkt an die für die Sozialpastoral zuständigen Bischöfe Mario Melanio Medina, Oscar Páez Garcete und Cándido Cárdenas wandten.

Die Frage, die sich nach dem Sturz Lugos aufdrängt, lautet: Cui bono? Wem nützt der Sturz Lugos abgesehen von der politischen Opposition, darunter die Liberale Partei, die nun mit Federico Franco den Präsidenten stellt? Profitieren werden die Großgrundbesitzer. Sie dürfen darauf hoffen, dass zukünftig gegen landlose Bauern, die nichtbewirtschaftetes Land besetzen, härter durchgegriffen wird. Profitieren wird daneben wohl das US-amerikanische Saatgutunternehmen Monsanto. Es versucht seit geraumer Zeit, den genmanipulierten Baumwollsaamen Bollgard BT auf den paraguayischen Markt zu bringen, gegen den Protest von Bauern- und Umweltorganisationen.

Während der Landwirtschaftsminister Enzo Cardozo, der zur Liberalen Partei gehört, den genmanipulierten Samen bereits im Oktober 2011 zur kommerziellen Nutzung in Paraguay freigegeben hatte, verweigerte die für die Saatgutkontrolle zuständige Behörde SENAVE dem Unternehmen Monsanto die Lizenz, da die notwendige Zustimmung des Gesundheitsministeriums und des Umweltamtes fehlte. In den Folgemonaten protestierte Monsanto, vertreten durch den Verband landwirtschaftlicher Unternehmen UGP, gegen die Entscheidung von SENAVE. Zudem startete die Tageszeitung ABC Color eine Diskreditierungskampagne gegen Miguel Lovera, den Leiter von SENAVE. Nach dem Regierungswechsel ist zu vermuten, dass Monsanto nun auf die Zulassung des genmanipulierten Baumwollsaamens nicht mehr lange warten muss.

Die Agrarfrage ist in der paraguayischen Politik ein zentrales Thema. Die Landlosigkeit vieler Bauern und Bäuerinnen er zählt zu den Grundproblemen Lateinamerikas, das sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkte und bis heute ungelöst ist. Denn in fast allen Ländern Lateinamerikas konzentriert sich das Agrarland in den Händen einer kleinen Oligarchie. Lugo wollte dieses Problem angehen: Mit Hilfe einer Agrarreform bemühte er sich, die Konzentration des Bodens in den Händen der Oberschicht zu beenden und die Ernährung der Menschen in Paraguay sicherstellen.

2008 war Lugo als Kandidat der Patriotischen Allianz für den Wandel (APC) angetreten, einem Bündnis aus mehreren Parteien, Gewerkschaften und Bauernbewegungen. Wesentliches Ziel der APC war es, die Armut zu verringern und die Vorherrschaft der rechtskonservativen Colorado-Partei zu brechen. Deren Herrschaft hatte über 60 Jahre gedauert. Während der Diktatur Alfredo Stroessners stand der Diktator selbst der Partei vor, doch auch nach seiner Entmachtung blieb die Regierungsgewalt bis zur Wahl Lugos 2008 in den Händen der Colorados. Die staatlichen Institutionen blieben auch danach von der Colorado-Partei geprägt, die APC konnte die verkrusteten Strukturen nur ansatzweise aufbrechen.

So herrschen bis heute Korruption und Vetternwirtschaft, von einer unabhängigen Justiz ist nicht zu sprechen. Dass noch heute etwa 75% des bewirtschaftbaren Landes nur zwei

Prozent der Bevölkerung gehören, ist auch Folge eines zunehmenden Konzentrationsprozesses während der 35-jährigen Stroessner-Diktatur und Grund für die Armut weiter Bevölkerungsteile.

Lugo jedenfalls hat seine Wahlversprechen nicht einhalten können. Die Agrarreform, ein wesentliches Vorhaben seiner Regierung, blieb in den Ansätzen stecken. Dies lag zu einem nicht geringen Teil an der Koalition, die Lugo 2008 mit der Radikal Authentischen Liberalen Partei (PLRA) einging. Sie gilt als Vertreterin der Interessen der Großgrundbesitzer und lehnte die Agrarreform vollständig ab. Der Handlungsspielraum Lugos blieb damit begrenzt, zudem mangelte es ihm nach Aussage von Vertrauten an politischem Geschick.

Seit dem Sturz des paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo sind bald zwei Monate vergangen. Er hat beim obersten Gerichtshof des Landes erneut Klage gegen seine Amtsenthebung eingereicht, nachdem die erste, noch am Tag seiner Enthebung eingereichte abgewiesen worden war. Nach seinem Sturz zogen Tausende zum Senatsgebäude, um gegen den politischen Schnellprozess zu protestieren. Inzwischen haben sich die Demonstrationen aufs ganze Land ausgeweitet und die Proteste werden über eine eigene Internetseite koordiniert. Die nächste Wahl findet voraussichtlich am Ende der Legislaturperiode im April 2013 statt. Das Parteienbündnis Frente Guasú, in dem die APC 2010 aufgegangen ist, diskutiert nun die Möglichkeit, Lugo bei der nächsten Wahl wieder als Kandidat aufzustellen.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung, müssen die bisherigen Geschehnisse weiter aufgeklärt werden. Die Haltung der Kirche zu dem politischen Prozess ist und bleibt von Bedeutung. Einige Stimmen in der katholischen Kirche haben die Amtsenthebung Lugos nicht nur als illegitim, sondern auch als illegal bezeichnet. Dennoch wurde die Kirche nicht zuletzt aufgrund des Schweigens des Episkopats als Unterstützerin des Präsidentensturzes dargestellt. Es wäre wünschenswert, dass die Bischofskonferenz eine Instrumentalisierung der Kirche nicht zulässt und endlich auf das laute Rufen zahlreicher Priester, Ordensleute und Laien reagiert, die eine angemessene Reaktion auf das politische Geschehen erwarten. Realistisch ist diese Forderung bei der aktuellen politischen Lage nicht. Dennoch wird es Zeit für eine offizielle Stellungnahme der Bischofskonferenz, die die mangelnde Rechtsstaatlichkeit des parlamentarischen Putsches in Paraguay anprangert.